

Ordnungsrecht für die kommunale Praxis

Aufgaben – Rechtsgrundlagen – Verfahren

von

Stephan Gatz

Richter am

Bundesverwaltungsgericht

Dr. Hans-Hermann Peschau

Richter am

Niedersächsischen

Oberverwaltungsgericht

Dr. Almut Berner-Peschau

Richterin am

Niedersächsischen

Oberverwaltungsgericht

2., überarbeitete Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über dnb.ddb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[esv.info/3 503 08392 8](http://esv.info/3_503_08392_8)

1. Auflage 1994
2. Auflage 2005

ISBN 3 503 08392 8

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als
auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der 10/12 Times
Satz: multitext, Berlin
Druck: Druckhaus Berlin-Mitte
Buchbinderei: Stein + Lehmann, Berlin

Vorwort zur 2. Auflage

Die erste Auflage ist im Jahr 1994 erschienen. Das ist lange her. Auch die Welt des Ordnungsrechts ist seitdem nicht stehen geblieben. Den gravierendsten Novellierungen wurden das Ausländerrecht, das Verkehrs- und Verkehrswirtschaftsrecht, das Abfallrecht und das Staatsangehörigkeitsrecht unterzogen. Aber auch das Naturschutzrecht, das Gesundheitsrecht und das Waffenrecht haben mehr als nur marginale Änderungen erfahren. Es ist deshalb an der Zeit für eine Neuauflage, für die wir uns eine ähnlich wohlwollende Aufnahme wünschen, wie sie unsere Erstauflage gefunden hat.

An unserem Konzept hat sich nichts geändert. Nach wie vor wollen wir die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung ansprechen, die Strukturen und wesentlichen Inhalte der behandelten Rechtsgebiete verständlich und praxisorientiert darstellen und den Leser in die Lage versetzen, das jeweilige Recht zu verstehen und Spezialproblemen mit Hilfe weiterführender Literatur und Rechtsprechung nachzugehen. Unser Ziel, den Umfang der Ausgabe nicht anschwellen zu lassen, haben wir erreicht.

Leipzig, Lüneburg im November 2004

Die Verfasser

Vorwort zur 1. Auflage

Das hier vorgelegte Werk „Ordnungsrecht für die kommunale Praxis“ wendet sich an die Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung, die sich mit den vielfältigen und schwierigen Gebieten des besonderen Ordnungsrechts vertraut machen wollen. Es will nicht nur ein Leitfaden für die Beschäftigten in den Kommunalverwaltungen der neuen Bundesländer sein, sondern Orientierung all denen bieten, die an Fragen des besonderen Ordnungsrechts interessiert sind. Ziel dieses Buches ist es, die Strukturen und wesentlichen Inhalte der behandelten Rechtsgebiete verständlich und praxisorientiert darzustellen und den Leser in die Lage zu versetzen, das jeweilige Recht zu verstehen und Spezialproblemen mit Hilfe weiterführender Literatur und Rechtsprechung nachzugehen. Auf wissenschaftliche Vertiefung einzelner Fragen sowie auf umfassende Literaturnachweise und Rechtsprechungsbelege ist deshalb bewußt verzichtet worden.

Die behandelten Materien aus dem Bereich des besonderen Ordnungsrechts sind besonders bedeutsam für die Praxis der Kommunalverwaltungen, auf deren Zustän-

Vorwort

digkeit die Abhandlung der jeweiligen Rechtsgebiete vorrangig ausgerichtet ist. Auf Besonderheiten des in den neuen Ländern geltenden Rechts wird hingewiesen. Soweit einzelne Bereiche nur landesrechtlich geregelt sind, werden die in allen Ländern ähnlichen Grundzüge und Inhalte dargestellt. Darüber hinaus sind in den einzelnen Kapiteln auch Fragen des Verfahrensrechts und des Rechtsschutzes gegen behördliche Entscheidungen berücksichtigt worden.

Magdeburg, Lüneburg im April 1994

Die Verfasser

Gesamtinhaltsübersicht

Kapitel I: Gewerberecht

1. Gewerbeordnung
2. Gaststättengesetz
3. Handwerksordnung
4. Ladenschlussgesetz
5. Gesetze über (Sonn- und) Feiertage

Kapitel II: Verkehrs- und Verkehrswirtschaftsrecht

1. Straßenverkehrsrecht
2. Personenbeförderungsrecht
3. Güterkraftverkehrsrecht

Kapitel III: Bau- und Denkmalschutzrecht

1. Baurecht
2. Denkmalschutzrecht

Kapitel IV: Umweltrecht

1. Naturschutzrecht
2. Forstrecht
3. Jagdrecht
4. Fischereirecht
5. Wasserrecht
6. Immissionsschutzrecht
7. Bodenschutzrecht
8. Abfallrecht

Kapitel V: Gesundheits- und Veterinärrecht

1. Lebensmittelrecht
2. Tierseuchenrecht
3. Bestattungs- und Friedhofswesen

Kapitel VI: Asyl- und Ausländerrecht

1. Asylrecht
2. Ausländerrecht

Kapitel VII: Personenordnungsrecht

1. Staatsangehörigkeitsrecht
2. Passgesetz
3. Personalausweisgesetz
4. Melderecht
5. Namensänderungsrecht

Kapitel VIII: Sonstiges Ordnungsrecht

1. Waffenrecht
2. Versammlungsrecht
3. Sammlungsrecht
4. Obdachlosenrecht

Anhänge

- Anhang 1–12: Verwaltungsentscheidungen
Anhang 13: Ordnungsbehördliche Verordnung

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
Vorwort zur 2. Auflage	5	
Vorwort zur 1. Auflage	5	
Gesamtinhaltsübersicht	7	
Abkürzungsverzeichnis	25	
KAPITEL I		
Gewerberecht		
	29	1–151
1. Gewerbeordnung	29	2– 82
1.1 Anwendungsbereich	29	2– 10
1.1.1 Der Begriff des Gewerbes	29	2– 9
1.1.1.1 Nicht sozial unwertig	29	3
1.1.1.2 Auf Gewinnerzielung gerichtet	30	4
1.1.1.3 Auf Dauer angelegt	31	5
1.1.1.4 Selbständig	31	6
1.1.1.5 Keine Urproduktion	31	7
1.1.1.6 Nicht bloße Verwaltung eigenen Vermögens ...	32	8
1.1.1.7 Keine freien Berufe	32	9
1.1.2 Der Ausschlussstatbestand des § 6 GewO	33	10
1.2 Formen der Gewerbebetriebe	34	11– 19
1.2.1 Das stehende Gewerbe	34	12
1.2.2 Das Reisegewerbe	34	13
1.2.2.1 Gewerbsmäßig	34	14
1.2.2.2 Tätigkeit in eigener Person	34	15
1.2.2.3 Außerhalb der Räume seiner gewerblichen Niederlassung oder ohne eine solche zu haben ..	35	16
1.2.2.4 Ohne vorhergehende Bestellung	35	17
1.2.2.5 Tätigkeiten nach § 55 Abs. 1 Nr. 1 und 2 GewO	35	18
1.2.3 Der Marktverkehr	35	19
1.3 Das stehende Gewerbe	36	20– 67
1.3.1 Die allgemeine Verpflichtung nach § 14 GewO .	36	20– 21
1.3.2 Erlaubnispflichten für das stehende Gewerbe ...	37	22– 34
1.3.2.1 Allgemeines	37	22
1.3.2.2 Einzelne erlaubnisbedürftige Tätigkeiten	37	23– 29
1.3.2.2.1 Schaustellungen von Personen und ähnlichen Veranstaltungen (§ 33 a GewO)	37	23– 24

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
1.3.2.2.2	Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinn- möglichkeit (§ 33 c GewO)	38 25
1.3.2.2.3	Andere Spiele mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 d GewO)	39 26
1.3.2.2.4	Betreiben von Spielhallen und ähnlichen Unternehmen (§ 33 i GewO)	40 27– 29
1.3.2.3	Nebenbestimmungen zu Erlaubnissen.	41 30
1.3.2.4	Erlöschen von Erlaubnissen.	42 31
1.3.2.4.1	Widerruf und Rücknahme	42 32
1.3.2.4.2	Erlöschen in sonstiger Weise.	42 33
1.3.2.5	Die Untersagung unerlaubter Betriebsausübung .	43 34
1.3.3	Die Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässig- keit nach § 35 GewO	44 35– 62
1.3.3.1	Die Voraussetzungen der Untersagung	44 36– 51
1.3.3.1.1	Ausübung eines Gewerbes.	44 37
1.3.3.1.2	Unzuverlässigkeit	45 38– 47
1.3.3.1.2.1	Allgemeines	45 38
1.3.3.1.2.2	Einzelne Tatsachen, aus denen sich die Unzuverlässigkeit ergeben kann	45 39– 47
1.3.3.1.2.2.1	Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	45 40– 42
1.3.3.1.2.2.2	Die Verletzung steuerlicher Pflichten	47 43– 44
1.3.3.1.2.2.3	Die Nichtabführung von Sozialversicherungs- beiträgen	48 45
1.3.3.1.2.2.4	Mangelnde wirtschaftliche Leistungsfähigkeit . .	48 46
1.3.3.1.2.2.5	Sonstige Unzuverlässigkeitsgründe.	49 47
1.3.3.1.3	Verantwortlichkeit des Gewerbetreibenden oder einer mit der Leitung des Gewerbebetriebes beauftragten Person	49 48– 50
1.3.3.1.4	Erforderlichkeit der Untersagung	50 51
1.3.3.2	Die Ausdehnung der Untersagung nach § 35 Abs. 1 Satz 2 GewO.	50 52
1.3.3.3	Die Adressaten der Untersagungsverfügung	51 53
1.3.3.4	Verfahrensregelungen	51 55– 60
1.3.3.4.1	Örtliche Zuständigkeit	51 55
1.3.3.4.2	Einleitung des Untersagungsverfahrens und Fortsetzung nach Aufgabe des Betriebes.	52 56
1.3.3.4.3	Bindung an strafgerichtliche Entscheidungen . . .	52 57
1.3.3.4.4	Auskunftserteilung durch den Gewerbe- treibenden und Anhörung anderer Stellen.	53 58
1.3.3.4.5	Abschluss des Verfahrens und Wirkung der Untersagungsverfügung.	53 59– 60
1.3.3.5	Die Durchsetzung der Untersagungsverfügung. .	54 61
1.3.3.6	Die Wiedergestattung des Gewerbes.	54 62

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
1.3.4	Die öffentliche Bestellung von Sachverständigen	55	63– 67
1.3.4.1	Der Begriff des öffentlich bestellten Sachverständigen	55	64
1.3.4.2	Bedürfnis für ein bestimmtes Sachgebiet	55	65
1.3.4.3	Nachweis der besonderen Sachkunde	56	66
1.3.4.4	Keine Bedenken gegen die Eignung	56	67
1.4	Das Reisegewerbe	57	68– 72
1.4.1	Allgemeine Vorschriften über das Reisegewerbe	57	68– 69
1.4.2	Das Wanderlager zum Vertrieb von Waren als besondere Veranstaltung im Reisegewerbe.	57	70– 71
1.4.3	Die Ausübung des Reisegewerbes durch Ausländer.	58	72
1.5	Der Marktverkehr	58	73– 82
1.5.1	Messe	59	74
1.5.2	Ausstellung	59	75
1.5.3	Großmarkt	59	76
1.5.4	Wochenmarkt	60	77
1.5.5	Spezialmarkt und Jahrmarkt	60	78
1.5.6	Volksfest	61	79
1.5.7	Die Festsetzung von Veranstaltungen sowie ihre Ablehnung	61	80– 81
1.5.8	Das Recht zur Teilnahme an einer Veranstaltung	62	82
2.	Gaststättengesetz	63	83–110
2.1	Das Gaststättengewerbe.	63	84
2.2	Die Gaststättenerlaubnis	63	85–100
2.2.1	Erlaubnisbedürftigkeit	63	85
2.2.2	Inhalt der Erlaubnis	63	86– 87
2.2.3	Erteilung der Erlaubnis	64	88– 92
2.2.3.1	Der Versagungsgrund des § 4 Abs. 1 Nr. 1 GastG	64	89
2.2.3.2	Der Versagungsgrund des § 4 Abs. 1 Nr. 2 GastG	65	90
2.2.3.3	Der Versagungsgrund des § 4 Abs. 1 Nr. 3 GastG	65	91
2.2.3.4	Der Versagungsgrund des § 4 Abs. 1 Nr. 4 GastG	66	92
2.2.4	Nebenbestimmungen	66	93– 96
2.2.4.1	Auflagen nach § 5 Abs. 1 GastG.	66	93– 95
2.2.4.2	Sonstige Nebenbestimmungen	68	96
2.2.5	Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis.	68	97–100
2.3	Die vorläufige Erlaubnis	69	101
2.4	Die Gestattung	69	102–103
2.5	Der erlaubnisfreie Gaststättenbetrieb	70	104
2.6	Sperrzeit.	71	105–110
2.6.1	Allgemeines	71	105

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
2.6.2	Abweichungen von der allgemeinen Sperrzeit . .	71	106–109
2.6.2.1	Vorliegen eines öffentlichen Bedürfnisses	71	107–108
2.6.2.2	Vorliegen besonderer örtlicher Verhältnisse	72	109
2.6.2.3	Ermessen	72	110
3.	Handwerksordnung	72	111–134
3.1	Berechtigung zum selbständigen Betrieb eines Handwerks	73	112–114
3.2	Der Begriff des Handwerksbetriebes	74	115–118
3.2.1	Handwerksmäßigkeit	74	116
3.2.2	Handwerksfähigkeit	76	117–118
3.3	Die Voraussetzungen für die Eintragung in die Handwerksrolle	77	119–129
3.3.1	§ 7 Abs. 1 HwO	77	120
3.3.2	§ 7 Abs. 3 i. V. m. § 8 oder 9 HwO	78	121
3.3.2.1	Die Ausnahmegewilligung nach § 8 HwO	78	122–125
3.3.2.1.1	Ausnahmefall	78	123–124
3.3.2.1.2	Nachweis der fachlichen Befähigung	80	125
3.3.2.2	Die Ausnahmegewilligung nach § 9 HwO	80	126
3.3.3	§ 7 Abs. 4 HwO	80	127–128
3.3.4	Ungeschriebene Tatbestandsmerkmale des § 7 HwO	81	129
3.4	Löschung in der Handwerksrolle	82	130
3.5	Maßnahmen zur Verhinderung der Fortsetzung von Betrieben, die entgegen den Vorschriften der Handwerksordnung ausgeübt werden	82	131–134
3.5.1	§ 16 Abs. 3 Satz 1 HwO	82	131–133
3.5.2	§ 16 Abs. 4 HwO	83	134
4.	Ladenschlussgesetz	83	135–147
4.1	Anwendungsbereich	83	135–142
4.1.1	Verkaufsstellen	83	136–138
4.1.1.1	Verkauf von Waren	84	137
4.1.1.2	Verkauf an jedermann	84	138
4.1.2	Mischbetriebe	84	139
4.1.3	Nebenbetriebe	85	140
4.1.4	Zubehörverkäufe	85	141–142
4.2	Ladenschlusszeiten	86	143–147
4.2.1	Die allgemeinen Ladenschlusszeiten	86	143
4.2.2	Ausnahmen von den allgemeinen Ladenschlusszeiten	86	144–147

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
4.2.2.1	Verkürzung der Ladenschlusszeiten in Kur- und Erholungsorten	87 145
4.2.2.2	Öffnung von Verkaufsstellen an Sonntagen	87 146
4.2.2.3	Ausnahmen im öffentlichen Interesse	87 147
5.	Gesetze über (Sonn- und) Feiertage	88 148–151
5.1	Allgemeine Voraussetzungen des Verbots gewerblicher Tätigkeiten an Sonn- und Feiertagen	88 149–150
5.1.1	Öffentlich bemerkbare Handlungen	88 149
5.1.2	Widerspruch zur Zweckbestimmung der Sonn- und Feiertage	88 150
5.2	Einzelne Problemfälle	89 151
KAPITEL II		
	Verkehrs- und Verkehrswirtschaftsrecht	91 152–195
1.	Straßenverkehrsrecht	91 152–179
1.1	Zulassung von Kraftfahrzeugen.	91 153–157
1.1.1	Betriebserlaubnis	92 154
1.1.2	Amtliches Kennzeichen	92 155
1.1.3	Versicherungsnachweis	93 156
1.1.4	Regeluntersuchung	93 157
1.2	Fahrerlaubnis	93 158–176
1.2.1	Erteilung der Fahrerlaubnis	95 159–167
1.2.1.1	Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis	95 160
1.2.1.2	Prüfung der Befähigung.	95 161
1.2.1.3	Eignung	96 162
1.2.1.3.1	Klärung von Eignungszweifeln bei Alkoholproblematik	96 163
1.2.1.3.2	Klärung von Eignungszweifeln im Hinblick auf Betäubungsmittel und Arzneimittel.	97 164
1.2.1.4	Entscheidung über die Fahrerlaubnis.	97 165
1.2.1.5	Einschränkung der Fahrerlaubnis	98 166
1.2.1.6	Fahrerlaubnis auf Probe.	98 167
1.2.2	Entziehung der Fahrerlaubnis	99 168–173
1.2.2.1	Entziehung im Strafverfahren	99 169
1.2.2.2	Entziehung im Verwaltungsverfahren.	99 170–173
1.2.2.2.1	Vorbereitung der Entscheidung	99 171
1.2.2.2.2	Eignungsmängel	100 172–173
1.2.3	Neuerteilung der Fahrerlaubnis	102 174
1.2.4	Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung.	102 175
1.2.5	Fahrtenbuch	103 176
1.3	Verkehrszeichen	104 177

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
1.4	Ausnahmegenehmigungen	104	178
1.5	Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde	105	179
2.	Personenbeförderungsrecht	105	180–193
2.1	Die Arten des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen	106	181–183
2.1.1	Linienverkehr	106	181
2.1.2	Gelegenheitsverkehr	107	182
2.1.3	„Grauer Verkehr“	107	183
2.2	Genehmigung	107	184–193
2.2.1	Genehmigungspflichten	107	184–185
2.2.2	Genehmigungsvoraussetzungen	108	186–191
2.2.2.1	Die Voraussetzungen nach § 13 PBefG	108	186–190
2.2.2.2	Die Voraussetzungen nach § 13 a PBefG	110	191
2.2.3	Rechtswirkungen der Genehmigung	110	192
2.2.4	Erlöschen von Genehmigungen	111	193
3.	Güterkraftverkehrsrecht	111	194–195
 KAPITEL III Bau- und Denkmalschutzrecht			
		113	196–266
1.	Baurecht	113	196–255
1.1	Das öffentliche Baurecht	113	196
1.2	Unterscheidung zum privaten Baurecht	113	197
1.3	Entwicklung des öffentlichen Baurechts	114	198–199
1.3.1	Bauplanungsrecht	114	198
1.3.2	Bauordnungsrecht	115	199
1.4	Bauaufsicht	115	200–242
1.4.1	Das Instrumentarium der Bauaufsicht	115	200–222
1.4.1.1	Baugenehmigungsverfahren	115	201
1.4.1.1.1	Genehmigungsbedürftigkeit	116	202–203
1.4.1.1.2	Bauantrag	116	204
1.4.1.1.3	Prüfungsumfang	117	205
1.4.1.1.4	Baugenehmigung	118	206–209
1.4.1.1.5	Bauvorbescheid und Teilbaugenehmigung	119	210
1.4.1.2	Eingriffsbefugnisse	119	211–217
1.4.1.2.1	Eingriffsvoraussetzungen	120	212
1.4.1.2.2	Ermessensentscheidung	120	213–215
1.4.1.2.3	Vollstreckung	121	216
1.4.1.2.4	Sofortvollzug	122	217
1.4.1.3	Das sonstige verfahrensrechtliche Instrumen- tarium	122	218–221
1.4.1.4	Eingriff in rechtmäßige Anlagen	123	222
1.4.2	Materielles Baurecht	124	223–242

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
1.4.2.1	Bauplanungsrecht	124 224
1.4.2.1.1	Vorhaben	124 225
1.4.2.1.2	Beplante Bereiche	125 226–228
1.4.2.1.2.1	Befreiungen vom Bebauungsplan	126 227
1.4.2.1.2.2	§ 15 Abs. 1 BauNVO.	126 228
1.4.2.1.3	Innenbereich	127 229–232
1.4.2.1.4	Außenbereich.	128 233–236
1.4.2.2	Bauordnungsrecht	129 237–241
1.4.2.2.1	Das Grundstück	129 238
1.4.2.2.2	Die Bauausführung	130 239–241
1.4.2.3	Weitere rechtliche Anforderungen	131 242
1.5	Rechtsschutzfragen	132 243–255
1.5.1	Rechtsschutz des Bauherrn	132 243–249
1.5.1.1	Streit um die Baugenehmigung	132 244
1.5.1.1.1	Verpflichtungsklage.	132 245
1.5.1.1.2	Anfechtung von Auflagen	132 246
1.5.1.1.3	Untätigkeitsklage.	132 247
1.5.1.1.4	Vorläufiger Rechtsschutz.	133 248
1.5.1.2	Streit um die Eingriffsverfügung.	133 249
1.5.2	Rechtsschutz des Nachbarn	133 250–255
1.5.2.1	Nachbarschützende Rechte	134 251
1.5.2.2	Begriff des Nachbarn.	134 252
1.5.2.3	Nachbarbeteiligung	135 253
1.5.2.4	Geltendmachung der Nachbarrechte	135 254–255
2.	Denkmalschutzrecht	136 256–266
2.1	Schutzgüter der Denkmalschutzgesetze	137 257–261
2.1.1	Baudenkmale	138 257
2.1.2	Die Umgebung von Baudenkmalen.	138 258
2.1.3	Bodendenkmale	139 259
2.1.4	Bewegliche Denkmale.	139 260
2.1.5	Behördliche Feststellung der Denkmal- eigenschaft.	139 261
2.2	Erhaltung von Kulturdenkmalen	139 262
2.3	Genehmigungsverfahren	140 263–264
2.4	Auskunfts- und Anzeigepflichten	141 265
2.5	Organisation von Denkmalschutz und Denkmalpflege.	141 266

	Seite	Randziffer
KAPITEL IV		
Umweltrecht		
	143	267–360
1. Naturschutzrecht	143	268–291
1.1 Ziele und Grundsätze	144	269
1.2 Grundpflicht	145	270
1.3 Eingriffe in Natur und Landschaft	145	271–274
1.4 Duldungs- und Pflegepflichten	147	275
1.5 Besonders geschützte Gebiete und Objekte	147	276–284
1.6 Artenschutz	149	285–288
1.7 Betretungsrecht	150	289
1.8 Aneignungs- und Entnahmerecht	151	290
1.9 Überwachung	151	291
2. Forstrecht	152	292–298
2.1 Zweck des Bundeswaldgesetzes	152	293
2.2 Erhaltung und Bewirtschaftung	153	294–296
2.3 Betretungsrecht	155	297
2.4 Überwachung	156	298
3. Jagdrecht	156	299–303
3.1 Das subjektive Jagdrecht	156	300
3.2 Jagdschein	156	301
3.3 Verhaltenspflichten bei der Jagdausübung	157	302
3.4 Jagdschutz	158	303
4. Fischereirecht	158	304–308
4.1 Das subjektive Fischereirecht	158	305
4.2 Fischereierlaubnis	159	306
4.3 Verhaltenspflichten bei der Fischereiausübung	159	307
4.4 Überwachung	159	308
5. Wasserrecht	159	309–318
5.1 Ziele des Wasserhaushaltsrechts	160	310
5.2 Grundpflichten	160	311
5.3 Erlaubnis- und bewilligungsfreie Benutzungen	160	312
5.4 Erlaubnis und Bewilligung	161	313–314
5.5 Genehmigung von Anlagen	162	315
5.6 Wasserschutzgebiete	163	316
5.7 Überwachung	164	317–318
6. Immissionsschutzrecht	165	319–339
6.1 Ziele des Bundes-Immissionsschutzgesetzes	166	320
6.2 Anlagenbezogener Immissionsschutz	166	321–334
6.2.1 Genehmigungsbedürftige Anlagen	166	322–331

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
6.2.1.1	Genehmigungsvoraussetzungen	167 323–324
6.2.1.2	Genehmigungsverfahren	168 325–327
6.2.1.3	Genehmigungswirkung	169 328
6.2.1.4	Nachträgliche Anordnungen	169 329
6.2.1.5	Untersagung, Stilllegung, Beseitigung und Widerruf	170 330–331
6.2.2	Nichtgenehmigungsbedürftige Anlagen	171 332–334
6.2.2.1	Betreiberpflichten	171 333
6.2.2.2	Anordnungen und Untersagung.	172 334
6.3	Produktbezogener Immissionsschutz.	172 335
6.4	Verkehrsbezogener Immissionsschutz.	172 336
6.5	Gebietsbezogener Immissionsschutz.	173 337
6.6	Verhaltensbezogener Immissionsschutz	173 338
6.7	Überwachung.	174 339
7.	Bodenschutzrecht.	174 341–349
7.1	Zweck und Grundsätze des Bundes-Boden- schutzgesetzes	174 341–342
7.2	Begriffsbestimmungen.	175 343–345
7.3	Grundsätze und Pflichten.	176 346–348
7.3.1	Pflichten zur Gefahrenabwehr.	176 346
7.3.2	Entsiegelung	176 347
7.3.3	Vorsorgepflicht	177 348
7.4	Ergänzende Vorschriften für Altlasten	177 349
8.	Abfallrecht	177 350–360
8.1	Geltungsbereich des KrW-/AbfG	178 351
8.2	Begriffsbestimmungen.	178 352–353
8.3	Grundsätze der Kreislaufwirtschaft.	179 354
8.4	Grundsätze der gemeinwohlverträglichen Abfallbeseitigung.	179 355
8.5	Grundpflichten der Abfallbeseitigung.	180 356–359
8.5.1	Die Entsorgungspflicht des Staates	181 357–358
8.5.2	Die private Entsorgungspflicht	182 359
8.6	Maßnahmen gegen illegale Abfallentsorgung.	182 360
KAPITEL V		
Gesundheits- und Veterinärrecht		
		183 361–445
1.	Lebensmittelrecht	183 361–388
1.1	Allgemeines.	183 361
1.2	Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz.	183 362–388
1.2.1	Verkehr mit Lebensmitteln	184 363–373

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
1.2.1.1	Schutz der Gesundheit	184 363–368
1.2.1.2	Hygienevorschriften	187 369
1.2.1.3	Schutz vor Täuschung	187 370–373
1.2.2	Verkehr mit Tabakerzeugnissen	190 374–376
1.2.3	Verkehr mit kosmetischen Mitteln	191 377
1.2.4	Verkehr mit sonstigen Bedarfsgegenständen.	191 378–379
1.2.5	Zulassung von Ausnahmen	192 380–381
1.2.6	Ein- und Ausfuhr	192 382–383
1.2.7	Überwachung	194 384–388
2.	Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen	196 389–430
2.1	Allgemeines	197 390–391
2.1.1	Gegenstand	197 390
2.1.2	Meldepflichten	198 391
2.2	Verhütung übertragbarer Krankheiten	199 392–415
2.2.1	Allgemeine Verhütungsvorschrift	199 393–395
2.2.2	Maßnahmen gegen Gegenstände	201 396–397
2.2.3	Maßnahmen gegen Gesundheitsschädlinge	202 398–400
2.2.4	Anforderungen an Wasser	203 401–403
2.2.5	Anforderungen an die Abwasserbeseitigung	205 404
2.2.6	Rechtsverordnungen der Länder	205 405
2.2.7	Aufgaben des Gesundheitsamtes in besonderen Fällen	205 406
2.2.8	Schutzimpfungen	206 407–409
2.2.9	Tätigkeits- und Beschäftigungsverbote sowie Untersuchungspflichten	207 410–411
2.2.10	Anforderungen an das Arbeiten und den Verkehr mit Krankheitserregern	208 412–415
2.3	Bekämpfung übertragbarer Krankheiten	210 416–426
2.3.1	Behandlung	210 416
2.3.2	Ermittlungen	211 417–419
2.3.3	Schutzmaßnahmen	212 420–426
2.4	Zusätzliche Vorschriften für Schulen und sonstige Gemeinschaftseinrichtungen	214 427
2.5	Entschädigung in besonderen Fällen; Kosten	216 428–429
2.6	Zuständigkeiten und Verfahren	216 430
3.	Tierseuchenrecht	217 431–439
3.1	Gegenstand des Tierseuchengesetzes	217 432

	Seite	Randziffer	
3.2	Bekämpfung von Tierseuchen beim inner- gemeinschaftlichen Verbringen sowie bei der Einfuhr und Ausfuhr	217	433
3.3	Bekämpfung von Tierseuchen im Inland.	218	434–438
3.3.1	Allgemeine Vorschriften	218	434–437
3.3.1.1	Anzeigepflicht	218	434
3.3.1.2	Ermittlung der Seuchenausbrüche.	218	435
3.3.1.3	Schutzmaßnahmen gegen allgemeine Seuchen- gefahr.	219	436
3.3.1.4	Schutzmaßnahmen gegen besondere Seuchen- gefahr.	219	437
3.3.2	Die Rechtsverordnungsermächtigung des § 79 TierSG	220	438
3.4	Überwachung.	220	439
4.	Bestattungs- und Friedhofswesen.	221	440–445
4.1	Bestattungs- und Friedhofszwang	221	441
4.2	Anzeigepflicht bei Todesfällen	221	442
4.3	Leichenschau	222	443
4.4	Bestattung	222	444
4.5	Leichenbeförderung	223	445

KAPITEL VI

Asyl- und Ausländerrecht

		225	446–565
1.	Asylrecht.	225	446–479
1.1	Das materielle Asylrecht	225	447–467
1.1.1	Art. 16 a Abs. 1 GG	226	448–463
1.1.1.1	Der Begriff des politisch Verfolgten	226	448–453
1.1.1.1.1	Das Merkmal „politisch“.	226	449
1.1.1.1.2	Das Merkmal „Verfolgung“.	226	450–451
1.1.1.1.3	Tatbestände, die grundsätzlich politische Verfolgung darstellen	227	452
1.1.1.1.4	Tatbestände, die grundsätzlich keine politische Verfolgung darstellen	228	453
1.1.1.2	Kausalzusammenhang Verfolgung – Flucht – Asyl	229	454–458
1.1.1.2.1	Ausreise als politisch Verfolgter	229	455
1.1.1.2.2	Republikflucht und illegales Verbleiben im Ausland.	230	456
1.1.1.2.3	Verfolgungsschutz im Drittstaat	230	457
1.1.1.2.4	Ausreise als Unverfolgter	231	458
1.1.1.3	Verfolgungsprognose.	231	459–460

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
1.1.1.4	Feststellung des asylerblichen Sachverhalts . .	232	461–463
1.1.1.4.1	Die Staatsangehörigkeit des Asylbewerbers	232	461
1.1.1.4.2	Das Vorbringen des Asylbewerbers	232	462
1.1.1.4.3	Sonstige Erkenntnismittel	232	463
1.1.2	§ 26 AsylVfG	232	464–465
1.1.3	§ 60 Abs. 1 AufenthG	234	466
1.1.4	Der Ausschluss des Asylrechts	234	467
1.2	Asylverfahrensgesetz	235	468–479
1.2.1	Gang des Asylverfahrens	235	468–476
1.2.1.1	Einleitung des Asylverfahrens	235	468–469
1.2.1.2	Aufenthalt und Unterbringung der Asylbewerber	236	470–471
1.2.1.3	Die Behandlung des Asylantrages beim Bundesamt	237	472–475
1.2.1.4	Folgeantrag	238	476
1.2.2	Die Rechtsstellung Asylberechtigter	238	477
1.2.3	Aufenthaltsbeendigung nicht anerkannter Asylbewerber	239	478–479
2.	Aufenthaltsgesetz	239	480–565
2.1	Aufenthaltstitel	240	481–515
2.1.1	Erfordernis	240	481
2.1.2	Verfahrensrechtliche Fragen	241	482–484
2.1.2.1	Antrag	241	482
2.1.2.2	Rechtsfolgen des Antrags	241	483–484
2.1.3	Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen	242	485–486
2.1.4	Rechtsfolgen der Versagung	243	487
2.1.5	Die Aufenthaltstitel im Einzelnen	243	488–491
2.1.5.1	Visum	244	489
2.1.5.2	Aufenthaltserlaubnis	244	490
2.1.5.3	Niederlassungserlaubnis	244	491
2.1.6	Aufenthaltsrechte	245	492–515
2.1.6.1	Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung	245	492–493
2.1.6.2	Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit	245	494–497
2.1.6.3	Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen	246	498–501
2.1.6.4	Aufenthalt aus familiären Gründen	248	502–514
2.1.6.4.1	Familiennachzug	248	503–505
2.1.6.4.2	Ehegattennachzug	249	506–508
2.1.6.4.3	Nachzug von Lebenspartnern	251	509
2.1.6.4.4	Nachzug von Kindern	251	510–513
2.1.6.4.5	Nachzug sonstiger Familienangehöriger	252	514
2.1.7	Wiederkehr	253	515

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
2.2	Förderung der Integration	254	516–525
2.2.1	Integrationskurs	254	517
2.2.2	Teilnahmeberechtigung	254	518–519
2.2.3	Teilnahmeverpflichtung und Befreiung von der Teilnahmepflicht	255	520–522
2.2.4	Teilnahme an Integrationskursen ohne Teilnahmeanspruch	256	523
2.2.5	Rechtsfolgen der Teilnahme	256	524
2.2.6	Rechtsfolgen der Verletzung der Teilnahmepflicht.	256	525
2.3	Die Beendigung des Aufenthalts	257	526–559
2.3.1	Die Begründung der Ausreisepflicht	257	526–527
2.3.1.1	Widerruf und Rücknahme des Aufenthaltstitels	258	528–530
2.3.1.1.1	Widerruf wegen Passlosigkeit	258	529
2.3.1.1.2	Widerruf wegen Wegfalls des Flüchtlingsstatus	258	530
2.3.1.2	Die Ausweisung	259	531–544
2.3.1.2.1	§ 53 AufenthG	259	532–533
2.3.1.2.2	§ 54 AufenthG	260	534–535
2.3.1.2.3	§ 55 AufenthG	261	536–541
2.3.1.2.3.1	§ 55 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG	262	537
2.3.1.2.3.2	§ 55 Abs. 2 Nr. 5 AufenthG	262	538
2.3.1.2.3.3	Ermessen	263	539–541
2.3.1.2.4	Besonderer Ausweisungsschutz	264	542–544
2.3.2	Ausländerbehördliche Maßnahmen bei Eintritt der Ausreisepflicht	265	544–559
2.3.2.1	Die Zurückschiebung	266	545
2.3.2.2	Die Abschiebung	266	546–559
2.3.2.2.1	Die Voraussetzungen des § 58 AufenthG	267	547–548
2.3.2.2.2	Die Androhung der Abschiebung	267	549
2.3.2.2.3	Abschiebungsverbote	268	550–554
2.3.2.2.3.1	§ 60 Abs. 1 AufenthG	268	550
2.3.2.2.3.2	§ 60 Abs. 2 AufenthG	268	551
2.3.2.2.3.3	§ 60 Abs. 3 AufenthG	269	552
2.3.2.2.3.4	§ 60 Abs. 5 AufenthG	269	553
2.3.2.2.3.5	§ 60 Abs. 7 AufenthG	270	554
2.3.2.2.4	Die Duldung	270	555–559
2.3.2.2.4.1	Die allgemeinen Duldungsvoraussetzungen	270	556
2.3.2.2.4.2	§ 60 a Abs. 1 AufenthG	271	557
2.3.2.2.4.3	§ 60 a Abs. 2 AufenthG	271	558
2.3.2.2.4.4	Die Ausgestaltung der Duldung	272	559
2.4	Übergangsregelungen	272	560–565
2.4.1	Fortgeltung bisheriger Aufenthaltsrechte	272	560

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
2.4.2	Fortgeltung ausländerrechtlicher Maßnahmen . .	273	561–564
2.4.3	§ 104 AufenthG	274	565

KAPITEL VII

Personenordnungsrecht

		275	566–597
1.	Staatsangehörigkeitsrecht	275	566–579
1.1	Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit . .	275	567–576
1.1.1	Erwerb durch Geburt	275	568–570
1.1.2	Erwerb durch Erklärung	278	571
1.1.3	Erwerb durch Einbürgerung	278	572–576
1.1.3.1	Die allgemeine Einbürgerung	278	573
1.1.3.2	Die Ehegatteneinbürgerung	279	574–575
1.1.3.3	Die erleichterte Einbürgerung	280	576
1.2	Der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit . .	280	577
1.3	Deutsche ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Statusdeutsche)	281	578–579
2.	Passgesetz	282	580–583
2.1	Passpflicht	282	580
2.2	Passversagung	283	581–582
2.3	Bereichsspezifischer Datenschutz	284	583
3.	Personalausweisgesetz	284	584–587
3.1	Ausweispflicht	284	585
3.2	Ausstellung eines Ausweises	285	586
3.3	Landesrechtliche Regelungen	285	587
4.	Melderecht	285	588–592
4.1	Aufgaben der Meldebehörden	285	589
4.2	Meldepflichten	286	590–591
4.3	Bereichsspezifischer Datenschutz	288	592
5.	Namensänderungsrecht	288	593–597
5.1	Allgemeines	288	593–595
5.2	Die Voraussetzung für eine Namensänderung . .	290	596
5.3	Zuständigkeiten	291	597

KAPITEL VIII

Sonstiges Ordnungsrecht

		293	598–648
1.	Waffenrecht	293	598–618
1.1	Der Anwendungsbereich des Waffengesetzes . .	293	599–601
1.1.1	Waffen	293	600
1.1.2	Munition und Geschosse	294	601

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
1.2	Grundsätze des Umgangs mit Waffen oder Munition	294 602
1.3	Erlaubnisbedürftige Tatbestände	295 603–605
1.3.1	Erwerb und Besitz von Waffen	295 604
1.3.2	Führen von und Schießen mit Waffen	295 605
1.4	Die Voraussetzungen für die Erlaubniserteilung.	296 606–613
1.4.1	Zuverlässigkeit.	296 607–609
1.4.2	Persönliche Eignung	298 610
1.4.3	Sachkunde	298 611
1.4.4	Bedürfnis	299 612–613
1.5	Erlöschen von Erlaubnissen.	301 614–618
1.5.1	Widerruf und Rücknahme	301 615–616
1.5.2	Erlöschen in sonstiger Weise.	302 617
1.5.3	Die Nebenfolgen des § 46 WaffG	302 618
2.	Versammlungsrecht.	302 619–632
2.1	Grundrechtsschutz	302 619
2.2	Das Versammlungsgesetz	303 620
2.2.1	Öffentliche und nichtöffentliche Versammlungen	303 621
2.2.2	Versammlungen i.S. des Versammlungsgesetzes	304 622
2.2.2.1	Versammlungen in geschlossenen Räumen.	304 623
2.2.2.2	Versammlungen unter freiem Himmel	304 624
2.2.3	Spontandemonstration	305 625
2.2.4	Beschränkungen des Versammlungsrechts	305 626–632
2.2.4.1	§ 15 Abs. 1 VersG	305 626
2.2.4.1.1	Öffentliche Sicherheit	305 627
2.2.4.1.2	Öffentliche Ordnung	305 628
2.2.4.1.3	unmittelbare Gefahr	306 629
2.2.4.1.4	Die Adressaten des Einschreitens	307 630
2.2.4.1.5	Die Maßnahmen im Einzelfall.	307 631
2.2.4.2	Sonstige Beschränkungen	307 632
3.	Sammlungsrecht	308 633–634
3.1	Grundsätze.	308 633
3.2	Die gesetzlichen Voraussetzungen	308 634
4.	Obdachlosenrecht	309 635–648
4.1	Obdachlosigkeit.	309 635–637
4.1.1	Einweisung und Grundrechte	310 636
4.1.2	Zuständigkeit	310 637
4.2	Die Einweisung	310 638–641
4.2.1	Verwaltungsverfahren	310 639

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
4.2.2	Ermessensentscheidung	311 640
4.2.3	Kostenerstattungen	311 641
4.3	Umsetzung	312 642
4.4	Beschaffenheit der Unterkünfte	312 643
4.5	Nutzungsordnung	312 644
4.6	Inanspruchnahme privaten Wohnraumes	313 645–648
4.6.1	Beschlagnahme	313 646
4.6.2	Entschädigung	313 647
4.6.3	Angemieteter Wohnraum	314 648
Anhänge		315 649–662
Anhang 1:	Gewerbeuntersagung	317 650
Anhang 2:	Widerruf einer Gaststättenerlaubnis	321 651
Anhang 3:	Untersagung unerlaubter Handwerksausübung	325 652
Anhang 4:	Entziehung einer Fahrerlaubnis	327 653
Anhang 5:	Untersagung der Nutzung einer baulichen Anlage	329 654
Anhang 6:	Anordnung der Beseitigung einer baulichen Anlage	331 655
Anhang 7:	Einziehung von Kadavern besonders geschützter Tiere	335 656
Anhang 8:	Anordnung der Beseitigung von Abfällen	339 657
Anhang 9:	Verbot des Inverkehrbringens unzutreffend gekennzeichneter Lebensmittel	343 658
Anhang 10:	Ausweisung eines Ausländers	345 659
Anhang 11:	Widerruf einer Waffenbesitzkarte	351 660
Anhang 12:	Einweisung eines Obdachlosen	355 661
Anhang 13:	Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	359 662
Literaturverzeichnis		369
Stichwortverzeichnis		373